



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

27. September 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Der Klimawandel als Vorwand für neue Geschenke an die Konzerne!

Seit Wochen hat die Regierung groß ihr „Klimapaket“ angekündigt. Und was ist herausgekommen? Maßnahmen, die gar nichts am Klimawandel ändern, aber dafür die Taschen vieler Konzerne füllen – auf unserem Rücken.

Für uns soll Vieles teurer werden. Zunächst Heizung und Benzin. Und dann werden viele Firmen die höheren LKW-Spritpreise sicher zum Anlass nehmen, die Preise für Lebensmittel und andere Waren zu erhöhen. Ein Teil der Politiker fordert sogar, die Preise sollten noch viel mehr steigen, um uns zu „klimafreundlichem“ Verhalten zu erziehen.

Doch nicht wir Arbeiter entscheiden, ob wir einen Job in der Nähe finden oder eben nicht. Meist haben wir nur die „Wahl“ zwischen dem Auto oder stundenlangen Fahrten im Nahverkehr mit verpassten Anschlüssen, Schienenersatzverkehr... Wir entscheiden auch nicht über Heizungen und Wärmedämmungen in den Wohnungen, die wir mieten. Und als Verbraucher auch nicht darüber, wie die Firmen ihre Produktion organisieren und ob sie ihre Produkte mehrfach um die halbe Welt transportieren.

Ihr „CO₂-Preis“ führt nur dazu, dass uns von Lohn und Rente noch weniger übrigbleibt!

Die Konzernbosse aber, die im Gegensatz zu uns tatsächlich Einfluss auf das Klima haben, sollen natürlich nicht „erzogen“ werden. Im Gegenteil, sie werden mit über 50 Milliarden Euro an Öffentlichen Geldern überhäuft – allen voran die Immobilien- und Energiekonzerne... und natürlich die Autokonzerne. Mit Milliarden Subventionen soll denen ein Absatzmarkt für ihre Elektro-Autos geschaffen werden, die auch nicht klimafreundlicher sind als andere. Und trotz all der Subventionen dürfen diese Konzerne natürlich weiterhin unbegrenzt entlassen und Stellen abbauen!

Alle Experten geben offen zu, dass keine dieser Maßnahmen irgendwas an

der Klimaerwärmung ändert. Doch was soll's! Hauptsache, die Regierung hat eine gute Ausrede gefunden, um den reichsten Konzernen weitere Milliarden zu schenken – Geld, das sie versuchen werden, bei den Arbeitenden und in zig Bereichen des Öffentlichen Lebens einzusparen. Kein Wunder, dass die Konzernchefs von ThyssenKrupp und E.ON das Klimapaket als einen „Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt haben!

Für eine Politik, die die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich weiter verschärft, missbraucht die Regierung also die ehrliche und berechtigte Sorge vieler Menschen über den Klimawandel!

Hunderttausende, vor allem junge Leute, waren seit Monaten immer wieder auf der Straße, um eine ernste Bekämpfung des Klimawandels zu fordern – am 20. September waren es in Deutschland 1,4 Millionen. Und nur wegen ihrer Hartnäckigkeit sind die Herrschenden heute überhaupt gezwungen so zu tun, als würden sie etwas unternehmen wollen.

Doch in Wahrheit ist die Regierung unfähig, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Sie schaffen es ja nicht einmal, die Brücken über dem Rhein instand zu halten – und da wollen sie eine „Verkehrswende“ organisieren? Sie schaffen es nicht, irgendwas gegen Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne zu unternehmen – aber sie wollen uns weismachen, sie könnten ein so umfassendes und weltweites Problem wie den Klimawandel bekämpfen?

In dieser Wirtschaftsordnung trifft jeder Kapitalist und jeder Konzern ganz für sich allein die Entscheidung, was er wie und wo produziert und wo er überhaupt Geld investiert. Und bei all diesen Entscheidungen ist der Profit das oberste Gebot. Die Kapitalisten machen, was ihnen am meisten Gewinn einbringt – ganz gleich, ob sie damit Zehntausende in die Arbeitslosigkeit treiben, Regionen verarmen, Kriege hervorrufen oder die Umwelt zerstören. Solange man die

Wirtschaft in ihren Händen lässt, können Armut, Krisen, Kriege und Umweltzerstörung nur schlimmer werden.

Für CDU, SPD, Grüne und Co. aber ist die Herrschaft der Kapitalisten unantastbar und zählt mehr als alles andere. Daher können sie nichts anderes als leere Phrasen dreschen – genau wie die anderen Staatschefs. Und sie alle reagieren richtig wütend, wenn eine Greta Thunberg dies vor aller Augen entlarvt.

Die Politik der AfD ist mindestens ebenso arbeiterfeindlich. Sie nämlich behauptet ernsthaft, die „überzogenen Klimaschutzgesetze“ würden die Kapitalisten zu höheren Preisen und Entlassungen „zwingen“. Genau wie US-Präsident Trump fordert sie, dass die Bosse noch skrupelloser auf Kosten der Umwelt Profit machen dürfen, um so angeblich Arbeitsplätze zu retten. Welch eine Lüge!

Der Grund für die derzeitigen Entlassungswellen – ob bei der Deutschen Bank oder Karstadt, ob in der Chemie-, Stahl- oder der Automobilbranche – sind weder Umweltgesetze noch Elektroautos. Der Grund hierfür ist einzig die drohende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der entschlossene Wille der Kapitalisten, auch in einer Krise immer mehr Gewinn zu machen. Und da kennen sie nur eins: Sie lassen die Arbeiter bluten.

Wenn die wirtschaftliche Lage sich weiter so entwickelt, müssen wir Arbeitenden uns auf massivere Angriffe von Unternehmern und Regierung einstellen. Umso wichtiger ist, dass uns bewusst ist, wer unsere Gegner sind. Die AfD versucht, uns genau davon abzulenken. Sie stellt die reichen Kapitalisten sogar noch als Opfer dar, mit denen wir Arbeitenden in einem Boot sitzen würden. Wir Arbeitenden aber haben nur eine Chance, wenn wir uns gegen die Kapitalisten und ihre Angriffe zur Wehr setzen – und letztlich gegen ihr ganzes System, das unsere Jobs und Lebensbedingungen ebenso zerstört wie die Natur.

Die Erfolge der AfD – ein Gift für die arbeitende Bevölkerung

Bei den Landtagswahlen Anfang September hat die AfD ihr Ziel, stärkste Kraft in Brandenburg und Sachsen zu werden, knapp verpasst. In Brandenburg ist sie hinter der SPD gelandet, in Sachsen hinter der CDU. Doch mit 23,5% der Stimmen in Brandenburg und 27,5% in Sachsen ist die AfD die zweitstärkste Kraft geworden – weit vor den anderen Parteien, von denen kaum eine mehr als 10% der Stimmen erhalten hat.

Damit ist diese Partei noch stärker geworden – eine Partei, die alle Migranten als potenzielle Bedrohung und Kriminelle darstellt und damit auf die schlimmste Weise Misstrauen, Zwietracht und Hass zwischen den Arbeitenden unterschiedlicher Herkunft in den Betrieben und Stadtteilen zu sähen versucht.

Mehr noch: Beide Spitzenkandidaten der AfD gehörten zum sogenannten „Flügel“: dem ultra-nationalistischen und -rassistischen Teil der AfD, der engen Kontakt mit Neonazis und rechten Schlägern pflegt. Mit seinen Wahlerfolgen gewinnt der Flügel in der AfD weiter an Einfluss, wodurch die ganze AfD weiter nach rechts wandert – und in ihrem Gefolge auch die anderen Parteien.

Die massiven Stimmverluste quasi aller anderen Parteien führen außerdem dazu, dass die Parteien immer kompliziertere und groteskere Koalitionen bilden, um trotzdem weiter zu regieren. Nachdem sich CDU und Grüne im Wahlkampf hasserfüllt zerfleischt haben, wollen sie in beiden Bundesländern nun gemeinsam regieren – in einer „Kenia“-Koalition aus CDU, Grünen und SPD. Und sollten sich die Umfragewerte der kommenden Thüringer Landtagswahl bestätigen, dann bliebe dort künftig als einzige Alternative zu einer Koalition mit der AfD... eine Koalition aus Linken und CDU!

Wundert es einen da, dass viele nur noch Ekel vor dem Schauspiel dieser großen Parteien empfinden, denen es nur darum geht, mit an den Futtertrog der Macht zu kommen? Und die im Wahlkampf das Eine sagen – um an der Regierung das Gegenteil zu machen? Besser kann man der AfD nicht helfen. Die kann sich umso einfacher als einzige Partei darstellen, die angeblich „anders“ und „gegen das System“ ist.

In Wahrheit würde die AfD sich natürlich kein Stück anders verhalten, sollte sie

mit an die Regierung gelangen. Das zeigen ihre Schwesterparteien in Österreich, Italien und Ungarn. Doch noch gelingt es ihr, sich von den anderen Parteien scheinbar abzugrenzen.

Für diese Abgrenzung nutzt die AfD besonders ihre widerwärtige hetzerische Sprache gegen Migranten. Doch sie versucht auch, sich als einzige Partei der kleinen Leute darzustellen. So hat sie sich im Landtagswahlkampf als einzige für den Erhalt der Braunkohle ausgesprochen – in einer Region, in der sich zehntausende Arbeiter nicht zu Unrecht Sorgen machen, wo sie nach dem Ende der Braunkohle Arbeit finden sollen.



Die Arbeiter haben bereits in den 90ern erlebt, wie in Ostdeutschland die Betriebe geschlossen und ihre Jobs vernichtet wurden. Und trotz aller Subventionen bekommt auch dreißig Jahre später jeder Dritte, der überhaupt Arbeit findet, nur einen Niedriglohn – während auf dem Land regelrechte soziale Wüsten entstanden sind: ganze Landstriche, in denen es keine Schule mehr gibt, keinen Arzt ... und erst recht keine Arbeit.

Während die anderen Parteien in ihrer üblichen Arroganz erzählt haben, wie toll doch die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland seit der Wende geworden seien, hat die AfD viele Benachteiligungen und Erniedrigungen angesprochen, die die Menschen in Ostdeutschland erleben.

Dies und die ostdeutschen Wahlerfolge der AfD haben einige Journalisten dazu veranlasst, die AfD als „ostdeutsches Problem“ zu bezeichnen. Dies ist ein gefährlicher Irrtum. Nicht nur, dass die AfD in absoluten Zahlen mehr Wähler im Westen als im Osten hat. Gerade in Gegenden mit viel Arbeitslosigkeit und Armut, zum Beispiel in Teilen des Ruhrgebiets, bekommt sie ebenfalls 15-20% der Stimmen.

Und jede Verschärfung der Krise, die Teilen der westdeutschen Mittelschichten ihr noch vorhandenes Gefühl von Sicherheit raubt, kann auch im Westen ganz schnell ähnliche Stimmverhältnisse bringen.

Mit ihren lügnerischen Wahlversprechen und ihrer Politik im Dienste der Kapitalisten schaffen die herrschenden Parteien täglich neuen Nährboden für die AfD. Eins muss uns daher klar sein: Diese Parteien können und werden das Erstarken der extremen Rechten nicht verhindern. Und überhaupt kann man die Gefahr einer extremen Rechten nicht aufhalten, indem man nur wählt.

Diese gefährliche Entwicklung aufhalten kann nur die Arbeiterklasse: Wenn die Arbeitenden anfangen, mit ihren eigenen Mitteln zu kämpfen und wenn sie sich dadurch bewusst werden, dass sie alle eine Arbeiterklasse sind; angefangen damit, dass sich die Arbeitenden gemeinsam (egal welcher Herkunft) gegen die Angriffe der Kapitalisten und die arbeiterfeindliche Politik der Regierung zur Wehr setzen, die eine maßgebliche Ursache für das Erstarken der Rechten ist.

In diesem Sinn politisch aktiv zu sein ist der einzige Weg, sich tatsächlich und effektiv der rechten Gefahr entgegenzustellen.

Darf's noch ein Dienstwagen sein?

Die Regierung hat im sogenannten „Klimapaket“ beschlossen, 4.000 Euro Prämie zu zahlen, wenn man ein neues Elektroauto kauft. Insgesamt gibt die Regierung für die Prämie weit über eine Milliarde Euro aus.

Den Arbeitern nutzt die Prämie kaum. Wie viele Arbeiter können sich schließlich mal eben einen Neuwagen leisten? Ganz anders sieht es bei den Konzernen aus: Über die Hälfte aller Neuwagen werden von Firmen gekauft. Die Prämie ist damit ein weiteres Geschenk an die Konzerne: an VW, Daimler und Co. selbstverständlich – und an alle Konzerne, die sich so auf Staatskosten mehr Dienstwagen leisten können.

Hong Kong: Trotz wachsender Repression geht die Protestbewegung weiter

Auch nach drei Monaten geht die Protestbewegung in Hong Kong weiter. Zwar hat die Regierung das Gesetz zurückgezogen, das die Bewegung ausgelöst hat, weil es die Auslieferung von Einwohnern Hong Kongs an den chinesischen Staat ermöglicht hätte. Doch längst geht es um viel mehr.

Die Demonstranten verlangen mehr Demokratie. Und sie wollen ihre bestehenden demokratischen Rechte verteidigen, die sie durch das chinesische Regime bedroht sehen. Denn die ehemalige britische Kolonie Hong Kong gehört zwar seit 1997 wieder zu China, aber sie hat einen Sonderstatus, der der Bevölkerung unter anderem gewisse demokratische Rechte zusichert.

Vor allem jedoch macht dieser Sonderstatus Hong Kong zur Drehscheibe für Handel und Finanzgeschäfte zwischen China und den westlichen Staaten. Allein im Finanzsektor arbeitet eine Viertel Million Menschen. Das Land zählt Milliarden und Luxustouristen. Unfassbare Reichtümer wandern jeden Tag durch das Land, von denen ein winziger Teil für die kleinbürgerlichen Schichten abfällt, die heute an der Spitze der Protestbewegung stehen.

Doch die Krise spitzt sich auch hier weiter zu. Allein die Mieten sind in den letz-

ten fünfzehn Jahren um 400% gestiegen. Dies trifft alle Arbeitenden, die Bankangestellten am oberen Ende der Leiter – und erst recht die Millionen Arbeiter, die unter armseligen Bedingungen in Restaurants, auf dem Bau oder in Supermärkten schufteten.



Auch wenn es in der Protestbewegung in erster Linie um demokratische Forderungen geht, ist der immer unerträglichere Kontrast zwischen Arm und Reich ihr Hintergrund.

Die Bewegung ist ein Alptraum für die chinesische Regierung – vor allem aus Sorge, sie könnte sich auf andere Gebiete Chinas ausweiten, in denen die Arbeiter durch die Wirtschaftskrise derzeit Massenentlassungen und Werkschließungen ausgesetzt sind. Eine der hochindustrialisierten Provinzen Chinas, Guangdong, liegt nur wenige Dutzend Kilometer von Hong Kong entfernt!

Mit einer Mischung aus winzigen Zugeständnissen und Repression haben die Regierung Hong Kongs und der chinesische Staat daher versucht, die Bewegung zu ersticken. Doch weder Tränengas, noch Massenverhaftungen, noch die Angriffe durch Gangster der Triaden, noch die Stationierung von chinesischen Truppen vor der Grenze Hong Kongs haben die Bewegung bislang einschüchtern können.

Die westlichen Staatschefs und Wirtschaftsvertreter, die anfangs ein paar freundliche Worte für die Demokratiebewegung hatten, erwarten ebenfalls sehnsüchtig ihr Ende. Immer deutlicher erklären sie, dass „die Protestbewegung doch ihr Ziel erreicht habe“, dass man „statt Straßenprotesten jetzt einen konstruktiven Dialog mit der Regierung“ führen müsse... Die Proteste sind nämlich nicht nur schlecht fürs Geschäft. Vor allem treibt auch die Kapitalisten der reichen Staaten die Sorge um, dass die Bewegung der Funken werden könnte, der das Pulverfass entzündet, dass ihre brutale Ausbeutung von hunderten Millionen Arbeitern in China geschaffen hat.

Gerade dies aber könnte ganz andere, wirkliche Perspektiven eröffnen: Für die so zahlreichen Arbeiter in China, aber auch für die Bewegung in Hong Kong und letztlich für die Arbeiter weltweit.

Deliveroo: Express-Entlassungen

Am Montag, den 12. August, haben alle 1.100 Fahrer von Deliveroo per Mail erfahren, dass sie noch am Ende der gleichen Woche ihre Arbeit verlieren! Deliveroo zieht sich aus Deutschland zurück und überlässt den Markt seinem mächtigeren Konkurrenten Lieferando.

Deliveroo hat alle seine Fahrer (darunter viele Jüngere und Migranten) gezwungen, als Schein-Selbstständige zu arbeiten: Sie mussten ihr Handy, ihr Fahrrad, ihren Thermo-Rucksack, ihre Arbeitskleidung selber kaufen – und ihre Kranken- und Rentenversicherung selber bezahlen. Und da sie „selbstständig“ waren, bekommen sie jetzt nicht einmal Arbeitslosengeld. Seit dem 17. August stehen sie ohne einen Cent da.

Unternehmen wie Deliveroo, die man uns am Anfang als so modern verkauft hat, sind der Traum der Kapitalisten und ein Rückgang in sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen: Fast keine Investitionskosten, keine festen Löhne. Je nach Marktlage können sie im Handumdrehen eröffnen, so viel Profit wie möglich mit der Ausbeutung der Fahrer machen... und den Laden ebenso schnell wieder schließen.

Doch ein „Investitionsrisiko“ haben die Kapitalisten immer: die Wut und den Widerstand der Arbeiter, auf deren Ausbeutung ihr Geschäft beruht.

USA: Opium für das Volk

Opioide sind eine Gruppe von Schmerzmitteln, die extrem abhängig machen. Doch mehrere große Pharmafirmen haben seit den 90er Jahren dafür gesorgt, dass ihre Opiode in den USA in riesigen Mengen leichtfertig und massenhaft für alle möglichen chronischen Schmerzen verschrieben wurden: Sogar Menschen mit leichteren Rücken- oder Knieschmerzen bekamen sie.

Auf diese Weise haben die Pharmakonzerne Millionen Patienten, die nichts von der Gefährlichkeit dieser Medikamente ahnten, zu Drogensüchtigen gemacht. Viele können keiner Arbeit mehr nachgehen, haben kein soziales Leben mehr, und ihre Gesundheit ist ruiniert. Allein 2017 sind 47.600 Abhängige an einer Überdosis dieser Medikamente gestorben – mehr als durch Waffengewalt oder Verkehrsunfälle!

Zwar wurden einige Pharmafirmen mittlerweile zu Schadensersatz verurteilt. Doch dies bringt den Betroffenen nicht ihr Leben zurück. Und es deckt auch nicht die finanziellen Folgen dieser medizinischen Katastrophe, die über 100 Milliarden Dollar betragen. Für den Großteil dieser Kosten müssen nun die Öffentlichen Kassen aufkommen... während die Pharmakonzerne in ihrer Profitgier bereits die nächsten Verbrechen vorbereiten.

Thomas Cook und Condor: Der Konkurrenzkrieg und seine Opfer

Die urplötzliche Insolvenz des Reiseveranstalters Thomas Cook hat viele Touristen in ziemliche Probleme gestürzt. Und vor allem raubt sie 21.000 Arbeitenden weltweit brutal ihren Arbeitsplatz, darunter 2.000 Beschäftigten in Deutschland.

Auch vielen der 5.000 Beschäftigten des deutschen Ferienfliegers Condor (einer Tochterfirma von Thomas Cook) droht nun der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Zwar hat die Regierung hier durch einen Kredit die Insolvenz zunächst verhindert. Doch nun muss ein Käufer für Condor gefunden werden. Und wie viele Arbeits-

plätze der übrig lässt – falls sich überhaupt ein Käufer findet – steht in den Sternen. Die Beschäftigten von Air Berlin können ein Lied davon singen!

Die Konkurrenz auf dem Markt für Tourismus-Reisen wird immer schärfer. Dies ist anscheinend der Grund für den Bankrott des Thomas Cook-Konzerns. Kein Kapitalist muss in diesem Bankrott mit seinem Vermögen haften, denn Thomas Cook ist eine Aktiengesellschaft. Bezahlen für die Insolvenz müssen die Arbeitenden: Sie sind die Opfer der Konkurrenz-Schlachten, den sich

die Kapitalisten untereinander liefern.



Festsitzende Urlauber auf Mallorca

12 Euro Mindestlohn ist „utopisch“ – aber 12 Milliarden Privatvermögen ist „normal“?

Die Unternehmer beschwerten sich laut über den „radikalen linken Kurs“ der NRW-SPD. Die neusten Forderungen der SPD würden, so der Hauptgeschäftsführer von *Unternehmer NRW*, den „Niedergang der Wirtschaft“ bedeuten: Ganz besonders ihre Forderung nach höheren Steuern für Reiche und einem „utopischen Mindestlohn“... von 12 Euro.

12 Euro Mindestlohn bedeutet, dass man als Arbeiterfamilie kaum über die Runden kommt. Die Arbeiter hätten jedes Recht, deutlich mehr als 12 Euro zu fordern. Sie

haben jedes Recht zu fordern, dass sie – die diese Gesellschaft am Laufen halten – auch würdig in ihr Leben können.

Und ganz gewiss würden sie dadurch keinen Niedergang der Wirtschaft verursachen. Im Gegenteil, wenn die Wirtschaft niedergeht, dann weil sie am grenzenlosen Reichtum einer kleinen Minderheit erstickt: Kapitalisten, die nicht einmal mehr wissen, wohin mit dem ganzen Geld, das sie immer skrupelloser auf Kosten der ganzen Welt zusammenraffen.

Immobilienkonzerne: *Nichts* ist ihnen noch zu viel

Die Berliner Landesregierung (SPD, Grüne, Linke) hat einen „Mietendeckel“ beschlossen. Nach den großen Mieter-Protesten hatte sie groß angekündigt, sie werde die Immobilienkonzerne zwingen, ihre Mieten zu senken und das Wohnen in Berlin wieder bezahlbar zu machen. Doch davon ist nicht viel übrig geblieben. Denn in Wahrheit will die Regierung den Immobilienkonzernen nicht weh tun.

Für die allermeisten Mieter hat der Mietendeckel daher nur zur Folge, dass ihre Mieten in den nächsten fünf Jahren nicht noch weiter steigen dürfen. Und selbst dabei gibt es für die Vermieter viele Schlupflöcher. In Wahrheit werden die Mieten in Berlin also weiter steigen, nur etwas weniger stark!

Doch selbst das ist den Immobilienkonzernen noch zu viel an Einschränkung. Sie zern und jammern und sprechen gar von einer schleichenden Enteignung!

Und zu ihrer Unterstützung haben FDP und AfD prompt angekündigt, gegen den Mietendeckel Klage einzureichen.

Diese Parteien haben kein Problem damit, dass die Immobilienkonzerne die Mieten in Berlin in den letzten Jahren verdoppelt haben und so zehntausende Arbeiterfamilien und Rentner in Schulden oder gar aus ihrer Wohnung getrieben haben. Im Gegenteil, sie setzen alle Hebel in Bewegung, damit die Immobilienkonzerne ihre Mieter auch weiter skrupellos auspressen dürfen.

Grüne Profite

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Krischer, hat gefordert, dass nun auch der Fernverkehr bei der Bahn teilweise privatisiert werden solle. Seiner Ansicht nach sollen private Bahnkonzerne bei attraktiven Fernverkehrsstrecken bevorzugt werden, und die Deutsche Bahn soll ihnen auch noch ihre Automaten und sonstige Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Krischer behauptet, der Bahnverkehr würde besser laufen, wenn es dort mehr private Anbieter gäbe. Ja, das haben wir bei Strom, Krankenhäusern, Post und Nahverkehr alles schon mal erlebt!

Die Privatisierungs-Pläne der Grünen sind besser für die Profite der privaten Bahnkonzerne – aber sicher nicht für die Nutzer und Beschäftigten!

Hambacher Forst: Wenn Politiker zu offensichtlich lügen

Am Ende musste NRW-Innenminister Reul doch zugeben, was alle längst vermutet hatten: Die Räumung des Hambacher Forsts im letzten Jahr hatte nichts mit „Brandschutz“ zu tun. Dieser größte Polizeieinsatz in der Geschichte NRWs, bei dem es mehrere Schwerverletzte und sogar einen Toten gab, geschah einzig, um den Konzernchefs von RWE einen Gefallen zu tun.

Wundern sollte einen dies nicht. Schließlich ist es die Aufgabe der Politiker in diesem parlamentarischen System, die Interessen der Unternehmer durchzusetzen – in Worten, in Taten und notfalls auch mit Gewalt. Nur sind die meisten ein bisschen geschickter darin, dies zu verschleiern.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!